Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 10,20, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III,
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 064, 065, 1580, 1582, 1583 / Für Nachtgespräche 1560 / Geschäftsstelle: Lützow 1092, 3249, 9394
Postscheckkonto: Berlin 25 432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die neungespaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Anzeigen sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32.

Nr. 84. [58. Jahrgang.] Dienstag 18. Februar 1919. Abend-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 84.

Die Eisenbahner gegen Spartakus.

Die Verhandlungen in Weimar.

Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.

Weimar, 18. Februar.

Heute morgen um 10 Uhr empfingen die Herren Reichswehrminister Noske, Eisenbahnminister Hoff und Kriegsminister Reinhardt im Schloß eine Deputation der Eisenbahn-Unterbeamten-, -Handwerker und -Arbeiter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Von den Abgeordneten waren u. a. anwesend die Herren Stegerwald, Wieber, Hue und Wallbaum. Der Führer der Abordnung berichtete zunächst über die geradezu skandalösen Vorgänge auf einer Anzahl Bahnhöfe. Auf den größeren Bahnhöfen sind danach Posten täglich an der Tagesordnung. In Katernberg bei Essen wurden Eisenbahnbeamte mit Maschinengewehren und Revolvern an der Ausübung ihres Dienstes verhindert. In Kray-Nord wurden Beamte tätlich angegriffen und der Fahrdienstleiter mehrere Tage verhaftet; in Sterkrade sind ebenfalls Bedrohungen und Mißhandlungen der Eisenbahnbediensteten zu verzeichnen. Die Züge werden willkürlich angehalten und die Beamten gezwungen, ohne Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte keinen Zug abfahren zu lassen. In Essen ist es wiederholt zu Zusammenrottungen gekommen, weil spartakistisch gesinnte Soldaten, die zugleich auf den Bahnhöfen den Wachtdienst versehen, nicht dulden wollten, daß Plakate zur Werbung von Freiwilligen für den Ostschutz aufgehängt werden.

Die Arbeiter- und Soldatenräte geben an, die von ihnen eingesetzten Wachmannschaften seien zur Bewachung des Bahngutes notwendig. Es ist aber festgestellt worden, daß gerade diese Wachmannschaften es sind, die die für die Beamten und Arbeiter bestimmten Lebensmittel der Wirtschaftsausschüsse einfach beschlagnahmten.

Angesichts dieser Vorkommnisse ist unter den Eisenbahnbediensteten eine große Erbitterung entstanden, die, wie wir schon meldeten, in einem allgemeinen Streik sich Luft schaffen sollte, falls von der Regierung nicht entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden. Die Abordnung überreichte der Reichsregierung im Auftrage einer in Essen abgehaltenen Vertreterkonferenz der Direktionsbezirke Essen, Münster und Elberfeld folgende Forderungen:

1) Den bewaffneten Schutz der Bahnhöfe, den gesamten Wachdienst auf den Rangier- und Güterbahnhöfen und auf allen betriebswichtigen Punkten der Eisenbahn übernehmen fortan die Eisenbahner bis zur Wiederkehr geregelter Verhältnisse selbst. Geeignete militärisch ausgebildete und zuverlässige Eisenbahnbeamte und -Arbeiter werden in der notwendigen Anzahl zu diesem Zweck mit Waffen versehen. Die Wachen der Soldatenräte werden und den Bahnhöfen wie aus allen übrigen Betriebspunkten der Eisenbahnverwaltung entfernt.

2) Das Betreten der Bahnhöfe zum Zweck der Durchsuchung der Züge nach Freiwilligen für den Ostschutz ist den Soldatenräten mit Nachdruck und Erfolg zu untersagen.

3) Gesetzwidrige Haussuchungen, wie sie bei den Eisenbahnbeamten und -arbeitern in Hagen seitens der Organe der Arbeiter- und Soldatenräte geplant sind, haben zu unterbleiben.

4) Die Schwer- und Schwerarbeiterzulagen sind den Eisenbahnbeamten und Streckenarbeitern nach wie vor weiter zu gewähren.

Der Reichswehrminister Noske antwortete auf diese Ausführungen, daß viel von dem Gesagten ihm nicht neu sei. Die Regierung habe sich bemüht, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Wenn dies noch nicht im vollen Umfange gelungen sei, so bedauere niemand das mehr als er, aber man dürfe auch nicht die Schwierigkeiten verkennen, die zu überwältigen gewesen wären. Die Unruhen in Berlin, an der Wasserkante und in Oberschlesien, sowie die Organisierung des Ostschutzes hätten alle vorhandenen Kräfte voll in Anspruch genommen. Trotzdem seien auch verschiedene Maßnahmen für den Westen getroffen. Seit Sonntag ist eine starke Abteilung nach Münster in Marsch. Andere Truppen stehen im Sennelager in Bereitschaft. Weitere Maßnahmen werden getroffen. Durch einen allgemeinen Streik würde jedoch eine Besserung der Lage nicht erzielt werden, sondern auf ein einmütiges Zusammenarbeiten mit der Regierung käme es jetzt besonders an. Nach längerer Aussprache beschlossen die anwesenden Minister, telegraphisch an das Generalkommando in Münster die Weisung zu richten, im Bereich des VII. K. K. den von den Arbeiter- und Soldatenräten eingesetzten Wachtdienst aufzulösen und ihn für ungesetzlich zu erklären. Der Sicherheitsdienst soll von jetzt von den Eisenbahnbediensteten ausgeübt werden.

Durch diese Verfügung wird hoffentlich den spartakistisch-gesinnten Wachtmannschaften das Handwerk gelegt werden. Beschlossen wurde, daß ein Vertrauensmann der Eisenbahnbediensteten in diesen für die öffentliche Ruhe und Sicherheit so wichtigen Fragen ständig dem Generalkommando angegliedert werden solle.

* * *

Münster, 18. Februar. Die gestern aus Mülheim an der Ruhr gebrachte Notiz, wonach die Regierungstruppen von den Spartakisten im Kampf zurückgetrieben worden waren, wird von zuständiger Seite als falsch bezeichnet und mitgeteilt, daß alle seitherigen Unternehmungen der Regierungstruppen glatt durchgeführt wurden und überall zu vollem Erfolge führten.

(Siehe auch Seite 3.)

Ententepläne gegen Deutschlands Seemacht.

Das Schicksal der deutschen Flotte.

Paris, 17. Februar. (Reuter) Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betreffs der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden: Zerstörung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal sowie Oeffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

Die Auflösung des Reichsmarineamts.

Der frühere Staatssekretär der Reichsmarine, Admiral Ritter von Mann, ist in den Ruhestand getreten. Unter dem Reichswehrminister Noske führt Vizeadmiral Nagge, ein Sohn des bekannten Berliner Hofpredigers, die Geschäfte des Reichsmarineamtes. Er besitzt aber keine Stimme im Kabinett.

Zusammentritt des Konferenzkomitees in Paris.

Paris, 18. Februar. (Havas) Das Konferenzkomitee trat gestern nachmittag zusammen. Marschall Foch kam im Automobil an und wurde sofort hinaufgeführt.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

C. Wien, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach vorläufiger Schätzung sind in die Nationalversammlung gewählt: 75 Sozialdemokraten, 63 Christlichsoziale, 22 Deutschfreiheitliche, ein Tschech-Slowak und ein Jüdischnationale. Die Sozialdemokraten gewannen in Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten Mandate. Der deutsch-österreichische Staatsrat wird jetzt im Einvernehmen mit den Parteien über die Ernennung von Abgeordneten aus den besetzten Gebieten zu entscheiden haben.

Wien, 17. Februar. (Korr.-Bureau.) Außer den Wiener Wahlergebnissen sind aus Niederösterreich von weiteren zwei Wahlkreisen die Ergebnisse bekannt, und zwar sind gewählt in Wiener Neustadt 8 Sozialdemokraten, 2 Bauernbündler, 1 Christlichsoziale Städtevereinigung, 3 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler, im Wahlkreise St. Pölten 3 Bauernbündler, 2 Christlichsoziale Städtevereinigung, 3 Sozialdemokraten, 1 Deutschbürgerlicher. Die Ergebnisse aus den übrigen 2 Wahlkreisen stehen noch aus. In Salzburg (einziger Wahlkreis) gelten als gewählt 3 Christlichsoziale, 2 Sozialdemokraten, 1 Demokratische Städtevereinigung und wahrscheinlich 1 Deutschfreiheitlicher. In Oberösterreich sind wahrscheinlich gewählt 2 Deutschfreiheitliche, 4 Mitglieder der deutschen Freiheits- und Ordnungspartei, 11 Christlichsoziale, darunter Landeshauptmann Präsat Dr. Hauser, und 5 Sozialdemokraten. In Steiermark dürften nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen gesiegt haben.

Die Sozialdemokraten feierten die Wahlerfolge durch Umzüge und Siegesfeiern in verschiedenen Bezirken Wiens. Dabei wurde auch der Forderung Ausdruck verliehen, daß die Sozialdemokraten nunmehr in dem neu zu wählenden Wiener Gemeinderate und dem niederösterreichischen Landtage den führenden Platz einnehmen müßten, und daß ihnen insbesondere die Stelle des Bürgermeisters gebühre. Die Veranstaltungen verliefen ebenso wie der ganze Tag in vollkommener Ruhe und Ordnung.

Neue Gesetzentwürfe für die Nationalversammlung.

Weimar, 18. Februar.

In der gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Preuß abgehaltenen Vollsitzung des Staatenausschusses erklärte sich der Staatenausschuß auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 damit einverstanden, daß folgende Gesetzentwürfe der Nationalversammlung vorgelegt werden:

1) Der Entwurf eines Gesetzes zur Ueberleitung der verfassungsrechtlichen Vorschriften.

2) Der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

3) Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Frankreich und Belgien weggenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919.

* * *

Nachdem am Freitag der Verfassungs-Entwurf in erster Lesung im Staatenausschuß erledigt worden war, wurden am Sonnabend die Korrekturen und Ergänzungen eingefügt. Heute findet die zweite Lesung im Staatenausschuß statt. Minister Preuß nimmt an, daß diese Lesung heute, spätestens morgen zu Ende geführt werden kann. Die Zeit der Verabschiedung des Verfassungs-Entwurfs im Staatenausschuß ist noch ungewiß. Da inzwischen in der Nationalversammlung eine ganze Reihe Themen aufgekommen sind, die zuerst erledigt werden müssen, so muß damit gerechnet werden, daß der Verfassungs-Entwurf erst am Ende der Woche der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Die Besetzung der Unterstaatssekretariate.

Weimar, 18. Februar. (Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.) Durch die Presse geht die Nachricht, daß die deutsche demokratische Partei den Posten eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt beanspruchen würde und hierfür den Senator Petersen-Hamburg in Aussicht genommen habe. Wie wir hierzu aus Kreisen der Partei erfahren, ist diese Nachricht nicht zutreffend. Der Abgeordnete Petersen ist bis jetzt nicht in Aussicht genommen. Ueberhaupt sind noch keine Beschlüsse in dieser Hinsicht gefaßt worden.

Als Nachfolger des zum Reichspostminister ernannten Unterstaatssekretärs Giesberts wird, wie wir von zuständiger Seite erfahren, der Zentrumsabgeordnete Johann Becker-Arnsberg das Unterstaatssekretariat im Reichswirtschaftsamt übernehmen.

Beschlagnahme des deutschen Besitzes in China.

Amsterdam, 18. Februar. „Times" meldet aus Schanghai, daß der gesamte deutsche Besitz in China beschlagnahmt worden ist.

Kritische Lage in Petersburg und Moskau.

London, 17. Februar. Reuter zufolge ist die Lage in Petersburg und Moskau schlimmer denn je.

Drei Wochen im bolschewistischen Riga.

Von

Ernst Friedrich Moser.

Unsere schwache militärische Lage gegenüber den energisch vorrückenden bolschewistischen Truppen bedingte eine unvorsichtige und zu schnelle Räumung Rigas, wobei leider ungeheure Werte an deutschem Heeresgut zurückgelassen werden mußten. Auch war es wegen der Kürze der Zeit unmöglich, allen Wünschen der in Riga ansässigen Reichsdeutschen und Deutsch-Balten betreffs Abtransports nach dem Mutterlande gerecht zu werden. Etwa 5000 Reichsdeutsche und die stattliche Anzahl von Deutsch-Balten waren so gezwungen, in Riga zu verbleiben.

Besonders schwerwiegend für die deutsche Bevölkerung war, daß der alte Nationalhaß zwischen Letten und Deutschen durch Uebergang der Gewalt in die Hände des lettischen Proletariats eine starke Bedrohung der Deutschen erwarten ließ. Die rein national gefärbte lettische Bewegung hatte sich den Deckmantel des Kommunismus übergestreift, um so, der Sympathie des kommunistischen Groß-Rußlands sicher, mit Unterstützung durch dessen Heeresmacht seine nationalen Ideen realisieren zu können. Dazu kam, daß der Schöpfer des zurzeit in Rußland eingeführten kommunistischen Systems, Genosse Stuschka, ein Rechtsanwalt lettischer Nationalität, auf das lebhafteste für den Gedanken eines autonomen Lettlands auf kommunistischer Basis eintrat und in Rußland alle Hebel in Bewegung setzte, um dieses Ziel unter Einsetzung der in Rußland als die zuverlässigsten Truppen geltenden lettischen Schützenbataillone zu erreichen, was ihm auch gelang.

Mit dem Schutze der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung, sowie des zurückgelassenen deutschen Heeresgutes wurden von dem deutschen Gesandten für die baltischen Lande die Herren Dr. von Scheubner-Richter, Grimmert und Moser nebst dem nötigen Unterpersonal und die Unterstützungsabteilung für bedürftige Reichsdeutsche betraut. Um einer Pöbelherrschaft vorzubeugen, wurden die bolschewistischen Truppen schon in der Frühe des 3. Januar von dem bereits errichteten lettischen Arbeiterrat der Stadt Riga benachrichtigt, daß sie ungehindert und ohne Kampf in Riga einrücken könnten. Daraufhin trafen schon um 1 Uhr die Spitzen der Roten Armee in Autos in der Stadt ein; zwischen 3 und 4 Uhr erschienen die ersten Abteilungen der Roten Kavallerie, die sofort in der ganzen Stadt den Sicherheits- und Patrouillendienst aufnahmen, gegen alle Plünderer auf das schärfste einschritten, sodaß die Stadt am Abend des 3. ein vollkommen ruhiges und geordnetes Bild zeigte.

Am 4. Januar gegen Mittag traf das Gros der Roten Armee ein, aufs freudigste begrüßt von den örtlichen bolschewistischen Elementen, und veranstaltete unter Musikbegleitung und fliegenden roten Bannern einen festlichen Einzug durch die Alexanderstraße bis zur Gertrudkirche, wo die feierliche Begrüßung stattfand. Die regulären Roten Truppen benahmen sich durchaus gut, bezahlten alle Waren in bar und ließen in ihrem Benehmen gegen die Bevölkerung jeglicher Nationalität nichts zu wünschen übrig.

Alsbald konstituierte sich eine Rote lettische Arbeiter- und Schützenrepublik, als deren provisorischer Präsident Stuschka auftrat. In Kürze erschienen eine Menge Verordnungen betreffs Regelung der Bewaffnungs-, der Ernährungs- und Wohnungsfrage, des Geldkurses und dergleichen mehr. Das gesamte Eigentum der Geflüchteten, die infolge ihrer Flucht als Gegenrevolutionäre betrachtet wurden, wurde als konfisziert erklärt und teilweise in erstaunlich kurzer Zeit eingezogen. Zur Bekämpfung der Gegenrevolution wurde in den früheren Diensträumen des Generalbevollmächtigten für die baltischen Lande, Alexanderstraße 37, ein Revolutionstribunal errichtet, das alsbald der Schrecken der gutsituierten Bürgerschaft werden sollte. Während sich die regulären Truppen nur mit dem Kampf gegen den äußeren Feind beschäftigten, wurde der innere Patrouillen- und Sicherheitsdienst durch das bewaffnete Proletariat, Männer und Frauen, ausgeübt, die sofort überall Verhaftungen und Haussuchungen nach Waffen, Lebensmitteln und etwa versteckten Angehörigen der Eisernen Division und Landeswehr vornahmen.

Die von den zurückgebliebenen deutschen Beamten zu leistende Arbeit war riesengroß und mannigfaltig und wurde außerdem durch zeitweilig stattfindende Haussuchungen und Verhaftungen im Dienstgebäude sowie in der Privatwohnung der Gesandtschaftsbeamten sehr erschwert. Es galt zunächst, den Reichsdeutschen Staatsscheine für Leben und Eigentum auszustellen, die von den Bolschewiki auch respektiert wurden. Außerdem mußte für Unterstützung und Unterbringung der zahlreichen unverschuldet in Riga zurückgebliebenen deutschen Heeresangehörigen gesorgt werden sowie für die Unterstützung der unbemittelten Reichsdeutschen, was sich trotz der ungeheuren Schwierigkeiten auch durchführen ließ. Auch konnte die Verschwendung und Plünderung des zurückgebliebenen Heeresguts verhindert werden. Obwohl wiederholt das Leben der deutschen Beamten an einem Haar hing, ist dennoch niemand erschossen worden, und die jeweils Verhafteten wurden nach kurzer Zeit immer wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am 14. Januar wurde ein großes nationaler Feiertag angesetzt zur Beisetzung der gefallenen Kommunisten auf der Esplanade, die von diesem Tage an die Benennung Kommunistenplatz erhielt. Ein großer Trauerzug, an dem sich zwangsweise fast alle Rigaer Vereine beteiligen mußten, bewegte sich unter Musikbegleitung hinter den 27 roten Särgen her in den Uebergangstagen gefallenen lettischen Kommunisten, die unter mannigfaltigen Reden und Kanonendonner beerdigt wurden.

Riga hatte in diesen Tagen sein Aussehen vollkommen verändert. Auf den Straßen sah man die Bürger hastig und flüsternd vorübereilen, während der Pöbel sich überall breitmachte. Groß war auch die Not der Geschäftsleute, da der Kurs für Ost-Farben, Dumas und Kerenskirubel als pari diktiert wurde. Nur ungern wurde Kerenskigeld genommen, besonders da bei Einkäufen von wenigen Rubeln auf einen Zwanzig- oder Vierzigrubel-Kerenskischein Kleingeld in Oberzahlung wieder zurückgegeben werden mußte, was bei dem Kleingeldmangel oft unmöglich war, von den Käufern jedoch nur als Gefälligkeit der Geschäftsleute ausgelegt wurde. Die Folge hiervon war die Schließung vieler Geschäfte und das

Waffenstillstandskommission und Auswärtiges Amt.

Wie wir hören, wird die Waffenstillstandskommission auch künftig nicht dem Auswärtigen Amt unterstellt sein, jedoch hat Graf Brockdorff-Rantzau die Oberleitung vorbehalten. Die Nationalversammlung wird in allen entscheidenden Fragen befragt werden. Es ist darum auch falsch, wenn bei der letzten Entscheidung dem Reichsministerpräsidenten Scheidemann von einem Teil der Presse die volle Verantwortung zugewiesen worden ist. Nicht Herr Scheidemann allein, sondern das gesamte Kabinett und die ausnehmenden Fraktionsführer haben der Unterzeichnung des letzten Waffenstillstandsabkommens zugestimmt.

Die Nachricht von dem Ausscheiden des Kapitäns zur See Vanselow aus der Waffenstillstandskommission ist falsch.

Der Antrag Heinze und die deutsche Demokratie.

Weimar, 18. Februar. (Von unserer Weimarer Schriftleitung.) In der Fraktionssitzung der deutschen demokratischen Partei, die heute vormittag stattfand, wird auch die Stellung der Fraktion zu den Waffenstillstandsbedingungen und zu der heute zur Beratung vorgelegten Interpellation Heinze besprochen werden. Die Fraktion wird eine Erklärung abgeben, in der voraussichtlich scharfe Verwahrung gegen die neue Vergewaltigung durch die Entente eingelegt wird. In der materiellen Seite des Antrags Heinze wird uns gegenüber von einem Mitglied der Fraktion die Auffassung vertreten, daß die Forderung, die Waffenstillstandskommission solle dem Auswärtigen Amt unterstellt werden, berechtigt und annehmbar sei. Allerdings müsse man auch bedenken, daß die Waffenstillstandskommission nicht nur Fragen der Auswärtigen Politik, sondern auch innere und wirtschaftliche Angelegenheiten in sich folge, deshalb müsse man für ein Gegenkommando der Waffenstillstands- und später der Friedensverhandlungen eigentlich die Gesamtverantwortlichkeit des Kabinetts, wie des Ministerpräsidenten statuieren. Der Tenor der Fraktionserklärung wird im übrigen dadurch bestimmt, ob die Redner der Opposition ihre Angriffe gegen die gesamte Friedenspolitik der Regierung richten werden. Man würde dies mit Rücksicht auf die Wirkung im Ausland sehr bedauern und dementsprechend scharf Stellung gegen die Opposition einnehmen. Die Interpellation Heinze wird von dem Abgeordneten Fögeler (deutsche Volkspartei) vertreten werden. Von der Fraktion der Deutsch-Nationalen wird der Abgeordnete Graefe sprechen.

Die Untersuchung der Fälle Liebknecht und Luxemburg.

Wie wir hören, gedenkt das preußische Justizministerium dem Verlangen der Verwandtenkreise der Angehörigen der Rosa Luxemburg und Liebknechts nach einem Sondergericht nicht nachzugeben. Es sei unbedingtes Gebot, gerade in diesen Zeiten die Grundlagen unseres ganzen Rechtswesens nicht zu erschüttern. Die Untersuchung gegen Leutnant Vogel wegen ungenügender Bewachung seines Häftlings nimmt ihren Verlauf. Die Ermittlungen waren außerordentlich schwierig, da es zunächst nicht möglich war, wegen Fehlens von Wachtbüchern, die in Frage kommenden Soldaten festzustellen. In den nächsten Tagen soll ein Taucher systematisch den ganzen Landwehrkanal nach der Leiche der Frau Luxemburg absuchen. Bisher waren solche Versuche wegen des Frostes unmöglich.

Im Falle Liebknecht ist das Verfahren gegen die betreffenden Offiziere eingestellt worden. Es ist zurzeit auf einen toten Punkt angelangt, über den es nicht hinwegkommen wird und kann. Ob das vorliegende Material ausreicht zur Erhebung einer Anklage wegen Meuchelmords hat allein das Gericht zu entscheiden. In unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß jedes Geschworenengericht notgedrungen zu einem Freispruch gelangen müßte, wenn nicht im Verlauf des Prozesses durch irgendeinen Zwischenfall, etwa durch ein Geständnis oder durch Hinzutreten neuer Zeugen, neue Momente sich ergäben. Diese Aussicht ist aber nach Lage der Dinge gleich null.

Der Ostmarkenschutz.

Weimar, 18. Februar. (Drahtmeldung unserer Weimarer Schriftleitung.) Heute früh fand im „Erzpriesgen" wieder eine interfraktionelle Besprechung der in den östlichen Provinzen gewählten Abgeordneten statt. Es wurde eine Unterkommission zur Ausarbeitung einer den Ostmarkenschutz fordernden Resolution eingesetzt. Wie wir hören, besteht im Seniorenkonvent die Absicht, die Ostmarkenfrage in der Generaldebatte mitbehandeln zu lassen und über die Resolution abzustimmen.